

Univ.-Prof. Dr. Martin Kocher
Bundesminister

Stubenring 1, 1010 Wien

Herrn
Präsidenten des Nationalrates
Mag. Wolfgang Sobotka
Parlament
1017 Wien

Geschäftszahl: 2022-0.628.953

Ihr Zeichen: BKA - PDion (PDion)12079/J-NR/2022

Wien, am 2. November 2022

Sehr geehrter Herr Präsident,

die Abgeordneten zum Nationalrat Dr. Stephanie Krisper und weitere haben am 02.09.2022 unter der **Nr. 12079/J** an mich eine schriftliche parlamentarische Anfrage betreffend **Interne Kontrolle bei Direktvergaben: Umsetzung der Empfehlungen des Rechnungshofs** gerichtet.

Diese Anfrage beantworte ich nach den mir vorliegenden Informationen wie folgt:

Zur Frage 1

- *Wurde mittlerweile ein bundesweiter Standard mit einer für alle Bundesdienststellen einheitlichen Erfassung von Beschaffungsvorgängen umgesetzt?*
 - *Wenn ja, durch welche wann durch wen jeweils gesetzten Maßnahmen?*

Die Umsetzung dieser Empfehlung fällt nicht in die Zuständigkeit des Bundesministeriums für Arbeit und Wirtschaft.

Zu den Fragen 2 und 3

- *Wurden sämtliche Empfehlungen des Rechnungshofs aus dessen Bericht mit der GZ 004.525/01 O-PR3/18 in Ihrem Haus umgesetzt?*
 - *Wenn ja, welche wann jeweils genau durch welche konkrete(n) Maßnahme(n) und durch Auftrag von wem?*

- *Wenn nein, welche der Empfehlungen wurden nicht umgesetzt?*
 - *Warum jeweils nicht?*
- *Wurden eine oder mehrere der Empfehlungen im Rahmen der jüngsten Umstrukturierung Ihres Hauses umgesetzt?*
 - *Wenn ja, welche wann jeweils genau durch welche konkrete(n) Maßnahme(n) und durch Auftrag von wem?*
 - *Wenn nein, warum nicht?*
- *Wurde in Ihrem Haus ein standardisiertes ressortweites Controlling zur systematischen Erfassung der Beschaffungen eingeführt?*
 - *Wenn ja, welche wann jeweils genau durch welche konkrete(n) Maßnahme(n) und durch Auftrag von wem?*
 - *Wenn nein, warum nicht?*

Die gegenständliche Anfrage bezieht sich auf eine Follow-up-Überprüfung des Rechnungshofs zum Thema "Internes Kontrollsystem bei Direktvergaben in ausgewählten Ressorts". Seitens des Rechnungshofes wurden im Rahmen der Follow-up-Überprüfung die Umsetzung der Empfehlungen betreffend die Optimierung, das Controlling und die Kontrolle von Vergabeprozessen unter anderem im vormaligen Bundesministerium für Wissenschaft, Forschung und Wirtschaft überprüft.

Folgende von der jeweils zuständigen Sektionsleitung initiierte Umsetzungsmaßnahmen wurden durch das vormalige Bundesministerium für Wissenschaft, Forschung und Wirtschaft und das insoweit seinen Rechtsnachfolger darstellende vormalige Bundesministerium für Digitalisierung und Wirtschaftsstandort durchgeführt.

In Umsetzung der Empfehlung "Optimierung des Beschaffungswesens durch ein standardisiertes ressortweites Controlling; verbindliche und einheitliche Erfassung von Beschaffungsvorgängen nach klar definierten Kriterien; Kennzeichnungen zwecks einer automatisierten Auswertung hinsichtlich bestehender bzw. zukünftiger Meldepflichten; Möglichkeit der Abfragen des Beschaffungsvolumens; Nutzung der bestehenden IT-Systeme (insbesondere HV-SAP) als Basis für das Beschaffungscontrolling" (TZ 3) wurde in der für Vergaberecht zuständigen Organisationseinheit zum Zweck des ressortweiten Controllings, der einheitlichen Erfassung von Beschaffungsvorgängen und der automatisierten Auswertung hinsichtlich Meldepflichten und Beschaffungsvolumina im Jänner 2019 eine einheitliche Dokumentation eingeführt, mit der alle für die einzelnen Beschaffungsvorgänge relevanten Informationen inklusive der abgeschlossenen Leistungsverträge erfasst werden.

Zur vollständigen Umsetzung der Empfehlung "ressortweit einheitliche Vorgaben betreffend Markt- und Preisrecherchen sowie die Einholung von Vergleichsangeboten" (TZ 4) wurde in der ressortweit seit dem Jahr 2015 in Kraft stehenden Checkliste für Direktvergaben festgelegt, dass die Wahl des Vergabeverfahrens von der zuständigen Organisationseinheit zu begründen und zu dokumentieren ist. Weiters wurde festgelegt, dass im Zuge der Auftragsvergabe jedenfalls die standardisierten Vertragsmuster des Bundes zu verwenden sind. Entsprechende Bestimmungen finden sich auch in der aktuell gültigen Fassung der "Internen Vergabeinstruktionen".

In Umsetzung der Empfehlung "Prüfung des Bedarfs sowie des erwarteten und eingetretenen Nutzens der beauftragten Leistung für das Ressort" hat die jeweils zuständige Organisationseinheit gemäß der ressortweit gültigen "Internen Vergabeinstruktionen" Beschaffungsbedarf und Nutzen einer jeden Vergabe zu prüfen und das Ergebnis nachvollziehbar im ELAK zu dokumentieren. Eine sinngemäße Bestimmung fand sich bereits in der durch die "Internen Vergabeinstruktionen" ersetzten Checkliste für Direktvergaben. Zudem wird die Pflicht zur Prüfung und Dokumentation der Notwendigkeit und des Nutzens von Vergaben seit dem Jahr 2018 im Rahmen von hausinternen Schulungen zum Vergaberecht besonders hervorgehoben.

Zur Umsetzung der Empfehlung "bei Direktvergaben über einer Bagatellgrenze grundsätzlich (sofern dies im Einzelfall nicht unzweckmäßig ist) drei Vergleichsangebote" einzuholen (TZ 6) sind gemäß der seit dem Jahr 2015 in Kraft stehenden Checkliste für Direktvergaben bei einem geschätzten Auftragswert € 10.000,- zwei und bei einem geschätzten Auftragswert über € 50.000,- drei Vergleichsangebote einzuholen. Für letztgenannte Vergaben ist vorgesehen, dass diese von der zwischenzeitig eingerichteten zentralen Vergaberechtsabteilung durchgeführt werden. Zudem wird die Pflicht zur Einholung von Vergleichsangeboten seit dem Jahr 2018 im Rahmen von hausinternen Schulungen zum Vergaberecht besonders hervorgehoben. Entsprechende Bestimmungen finden sich auch in der aktuell gültigen Fassung der "Internen Vergabeinstruktionen", welche von sämtlichen Organisationseinheiten des Ressorts einzuhalten sind.

Zu den Beschaffungen im Wirkungsbereich der Amtswirtschaftsstelle des Verwaltungsbereichs Wirtschaft wird angemerkt, dass bei Beauftragungen größtenteils die Ausschreibungen und Rahmenverträge der BBG genutzt werden und diese Beschaffungen auch aktenmäßig dokumentiert werden.

Durch die jüngste Umstrukturierung des Ressorts im Zuge der jüngsten Novelle des Bundesministeriengesetzes ist zum Zwecke einer einheitlichen Vorgehensweise eine Evaluie-

rung und Adaption der jeweiligen internen Vergabevorgaben erforderlich. Diese befindet sich derzeit noch in Abstimmung. Dabei werden die Empfehlungen des Rechnungshofes selbstverständlich entsprechend berücksichtigt.

Zur Frage 4

- *Welche Standards im Vergabeprozess wurden jeweils wann eingeführt?*
 - *Gibt es eine Checkliste für wichtige Qualitätsmerkmale für Direktvergaben?*
 - *Wenn ja, seit wann auf Auftrag von wem?*
 - *Welche Punkte beinhaltet die Checkliste? (Bitte um Aufzählung)*
 - *Beinhaltet die Checkliste eine Begründung der Wahl des Vergabeverfahrens?*
 - *Wenn ja, seit wann?*
 - *Wenn nein, warum nicht?*
 - *Beinhaltet die Checkliste einen Hinweis betreffend die Verwendung von Musterverträgen?*
 - *Wenn ja, seit wann?*
 - *Wenn nein, warum nicht?*
 - *Wie wird Bedarf und Nutzen bei Direktvergaben in Ihrem Ressort geprüft?*
 - *Wird diese Prüfung mittlerweile im Akt festgehalten?*
 - *Wenn ja, seit wann?*
 - *Wenn nein, warum nicht?*
 - *Wie wird die Preisangemessenheit bei Direktvergaben geprüft?*
 - *Gibt es eine Bagatellgrenze, ab der auch bei Direktvergaben zwingend Vergleichsangebote einzuholen sind?*
 - *Wenn ja, wie hoch liegt diese?*
 - *Wenn ja, wie viele Vergleichsangebote sind zwingend einzuholen?*
 - *Wenn ja, gibt es Ausnahmetatbestände?*
 - *Wenn ja, welche?*
 - *Wenn nein, warum nicht?*

Auf Grundlage eines 2011 entwickelten Vergabeleitfadens wurde im Jahre 2015 eine für das gesamte Ressort geltende Checkliste für Direktvergaben erstellt. Diese Checkliste enthielt seit 2017 einen Hinweis betreffend die Verwendung von Musterverträgen und seit 2018 Ausführungen zur Begründung der Wahl des Vergabeverfahrens. Im Jahre 2020 wurde diese Checkliste durch die für das gesamte Ressort erlassenen "Internen Vergabeinstruktionen" ersetzt, welche folgende Punkte enthalten:

- Neuerungen
- Bedarf und Berechnung geschätzter Auftragswert
- Bedarfsprüfung
- Berechnung des geschätzten Auftragswertes
- einzuhaltende Grundsätze bei Auftragsvergaben
- Vergaben durch Fachabteilung
- Grenzwerte für Direktvergaben
- Auftragsvergabe
- Dokumentation im ELAK
- Vergaben durch die für das Vergaberecht zuständige Organisationseinheit
- Sonderregelungen
- Abgehen von Vorgaben des Rundschreibens
- Ausnahmen für ausgewählte Organisationseinheiten
- verpflichtende Bekanntgabe ab € 50.000,-
- Ablauf der Bekanntgabe
- Bekanntgaben für Abrufe aus einer Rahmenvereinbarung
- Bekanntgaben für Abrufe aus Rahmenvereinbarungen der BBG/e-Shop

Die jeweils für die Vergabe zuständige Organisationseinheit hat vorab zu prüfen, ob eine Vergabe notwendig ist, ob im Ressort entsprechendes Wissen vorhanden ist bzw. die Leistung erbracht werden kann und welcher Nutzen damit verbunden ist. Dies ist seit 2015 auch im ELAK festzuhalten.

Die Prüfung der Preisangemessenheit erfolgt einzelfallabhängig durch die für die Vergabe zuständige Organisationseinheit. Neben der verpflichtenden Einholung von Vergleichsangeboten ab einem geschätzten Auftragswert von € 10.000,- sehen die "Internen Vergabeinstruktionen" eine Prüfung durch Heranziehung von Preislisten, allfälligen Erfahrungswerten oder Beiziehung sachkundiger Dritter vor.

In begründeten Fällen kann vor Einleitung eines Vergabeverfahrens mit ausdrücklicher Zustimmung der jeweiligen Sektionsleitung von den Regelungen der "Internen Vergabeinstruktionen" abgegangen werden. Dies ist jedenfalls aktenmäßig zu dokumentieren. Ausgenommen davon sind gesetzliche Vorgaben, insbesondere die Bestimmungen der §§ 46 und 47 Bundesvergabegesetz 2018 und die Verpflichtung zur Bekanntgabe vergebener Aufträge.

Zur Frage 5

- *Werden in regelmäßigen Abständen im Rahmen der nachprüfenden Kontrolle systematische Überprüfungen von Vergabevorgängen durchgeführt, um allfällige Schwachstellen und Fehlentwicklungen bei Beschaffungsprozessen zeitnah identifizieren zu können?*
 - *Wenn ja, seit wann?*
 - *Wenn ja, wie laufen die systematischen Überprüfungen konkret ab?*
 - *Wenn nein, warum nicht?*

Seitens der Stabsstelle Revision Wirtschaft werden regelmäßig vergaberechtliche Aspekte sowohl im Rahmen allgemeiner Überprüfungen der Aufbau- und Ablauforganisation als auch anlässlich von Sonderprüfungen stichprobenartig geprüft.

Univ.-Prof. Dr. Martin Kocher

Elektronisch gefertigt

